

12. März 2015 00:33 Uhr

ORTSTERMIN

## Rössle-Grundstück: Landrat will jetzt vermitteln

**Sailer: Unterschriften reichen für ein Bürgerbegehren. Das ist aber bislang nicht geplant**

 Gefällt mir  Teilen  0  0 



Widerstand gibt es in Aystetten gegen die kürzlich beschlossene neue Bebauung des Rössle-Grundstücks.

Moderate Worte fand Landrat [Martin Sailer](#) bei einem von der Aystetter CSU und SPD/Grünen initiierten Ortstermin an Aystettens Hauptstraße, wo auf dem sogenannten Rössle-Grundstück ein neues Wohngebäude mit Laden entstehen soll. Wie berichtet, sammelten die Fraktionsmitglieder von CSU sowie SPD/Grüne am vergangenen Samstag 332 Unterschriften von Bürgern, die sich mit den Initiatoren darin einig waren, dass vor einer Bebauung des Grundstücks der Bebauungsplan „Östliche Hauptstraße“ geändert werden sollte. Landrat Martin Sailer war eingeladen, sich selbst ein Bild von der Situation zu machen.

CSU-Fraktionsführerin Ulrike Steinbock sowie Axel Weisbach ([CSU](#)) fassten vor rund 35 Besuchern der Infoveranstaltung an der Hauptstraße noch einmal ihre Argumente gegen die ihrer Meinung nach zu massive Bebauung zusammen. Vor Kurzem hatte der Gemeinderat dem Projekt von Bauträger Thomas Puschak mit den Stimmen der Freien Wähler zugestimmt.

332 Unterschriften in Aystetten, das rund 3000 Einwohner hat, seien ein „starkes Wort“ und ein „erkennbarer Wille der Bürgerschaft“, zeigte sich Landrat Martin Sailer

beeindruckt: „Für ein Bürgerbegehren wären 290 Unterschriften nötig.“ Aus seiner Sicht sei es „zielführend, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen“, warb der Landrat für Verständigung – und eventuell den Bauplan noch an der einen oder anderen Stelle zu justieren. Er wolle deshalb am nächsten Tag Bürgermeister Peter Wendel kontaktieren. Allerdings, wies das Kreisoberhaupt im Vorfeld hin, sei das Landratsamt eine Genehmigungsbehörde und keine Verhinderungsbehörde. Es handle sich um ein normales Verfahren, wenn der Gemeinderat Befreiungen ausspreche. Die kommunale Selbstverwaltung sei „höchstes Gut“, betonte Landrat Sailer.

Die Unterschriftensammlung stelle eine Bekundung des Willens der Bevölkerung dar mit dem Ziel, einen Umdenkungsprozess herbeizuführen, begründete CSU-Gemeinderat Axel Weisbach auf Rückfrage noch einmal die Aktion. Ein Bürgerbegehren sei damit nicht anvisiert worden. Vielmehr werde die CSU auf der Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 26. März, noch einmal den Antrag auf Änderung des Bebauungsplans und Erlass einer Veränderungssperre stellen. Im Januar war ein entsprechender Antrag der CSU bereits einmal abgelehnt worden.

Bürgermeister Peter Wendel war auf Rückfragen nicht zu erreichen. (pks)

[40,- Euro sparen zur Einführung: Samsung Galaxy Tab S inkl. Zugang zu Webseite, Mobilportal und e-Paper.](#)

---

 Gefällt mir  Teilen  0  Twittern  0  +1  0 